

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Dr. Marco Genthe und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Einschüchterungsversuche aus Clan-Strukturen auf Beamte

Anfrage der Abgeordneten Dr. Marco Genthe und Dr. Stefan Birkner (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 11.06.2020

Am 29.05.2020 berichtete die *Braunschweiger Zeitung*, dass eine Polizistin aus Peine aufgrund ihrer Wohnsituation in unmittelbarer Nähe zu einer Sisha-Bar, in der Mitglieder eines mutmaßlich kriminellen Familien-Clans verkehren, nach Salzgitter versetzt worden sei. Als Begründung wurde angeführt, dass die Beamtin wiederholten Einschüchterungsversuchen seitens der Clan-Mitglieder ausgesetzt gewesen sei. Konkret genannt wurden verbale Drohungen sowie mutwillig herbeigeführten Schäden an der Lackierung des Autos der betroffenen Polizistin und aufgestochene Reifen. Aus einer Stellungnahme des Innenministeriums geht hervor, dass die Versetzung der Beamtin auf eigenen Wunsch und unter Berücksichtigung der Schutz- und Fürsorgepflichten des Dienstherrn geschah (<https://www.braunschweiger-zeitung.de/region/article229224618/Peiner-Clan-Affaere-be-schaeftigt-den-Landtag.html>; https://www.focus.de/politik/deutschland/peine-beamtin-ingeschuechert-polizistin-von-clan-zum-auszug-gezwungen_id_12039386.html).

Die Arbeit der Landesregierung an der Bewältigung der Corona-Krise soll durch diese Anfrage nicht behindert oder erschwert werden. Soweit die Beantwortung der Fragen vor diesem Hintergrund nicht innerhalb der üblichen Frist erfolgen kann, erwarten die fragenden Abgeordneten eine entsprechende Rückmeldung durch die Landesregierung.

1. Sind der Landesregierung (weitere) Fälle bekannt, in denen Beamte der Polizei, Richter oder Staatsanwälte Opfer von Einschüchterungsversuchen seitens der organisierten Kriminalität, insbesondere sogenannter Clan-Kriminalität, wurden? Wenn ja, welche Einrichtungen waren betroffen, und welche Tatbestände lagen vor?
2. Welche Vorkehrungen trifft die Landesregierung, um ähnliche Vorgänge wie in der Vorbemerkung beschrieben zukünftig zu verhindern bzw. strafrechtlich nachzuverfolgen?
3. Welche Informationen liegen der Landesregierung zu den Vorfällen in Peine vor, insbesondere zu den Beteiligten, und wie stellt sich aus Sicht der Landesregierung der genaue Ablauf dar?

(Verteilt am 22.06.2020)